

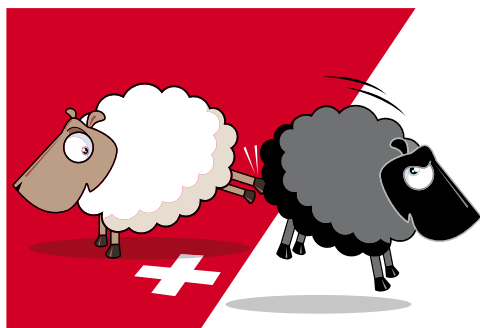
SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

JETZT an die Urne!

Durchsetzungs-Initiative 3-5

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen!



JA zum Gotthard 11

Zuverlässig für die Schweiz und ihr Wirtschaftssystem.



Asylgesetzrevision 12-13

Ausdruck von Panik im Asylwesen.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 28. Februar 2016

Wollen Sie die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» annehmen?

Antwort

JA

Wollen Sie die Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» annehmen?

Antwort

JA

Wollen Sie die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» annehmen?

Antwort

NEIN

Wollen Sie die Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) annehmen?

Antwort

JA

Die SVP in den Schweizer Medien im Januar

Das Wort des Parteipräsidenten



Für eine sichere Schweiz

Am 28. Februar 2016 stimmen wir über die Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung von kriminellen Ausländern ab.

Was will unsere Initiative?

- Sie will die Sicherheit der Bevölkerung in der Schweiz erhöhen.
- Sie will, dass sich in der Schweiz auch die Gäste an unsere Gesetze halten.
- Sie will, dass kriminelle und unbelehrbare Ausländer unser Land verlassen müssen.
- Sie will, dass niemand in unserem Land Angst haben muss, Opfer von Verbrechen und Gewalt zu werden.
- Sie will unser friedliches Zusammenleben und unsere Freiheit schützen.

Die Durchsetzungsinitiative ist eine logische Konsequenz der Ereignisse der letzten Jahre. Das Schweizer Volk hat vor über 5 Jahren Ja zur Ausschaffungsinitiative gestimmt. Das Parlament hat bei der Umsetzung - entgegen dem Volkswillen - eine Härtefallklausel in die Gesetzgebung eingebaut, die es den Richtern erlaubt, nach eigenem Ermessen zu beurteilen, ob ein krimineller ausländischer Täter unser Land verlassen muss oder nicht. Dies war nie der Wille des Schweizer Volkes, darum müssen die Bürgerinnen und Bürger nun mit der Durchsetzungsinitiative ihrem Willen nochmals Nachdruck verleihen.

Stellen Sie sich einmal das verheerende Signal vor, dass die Schweiz bei einem Nein zu unserer Volksinitiative aussenden würde. Es wäre das Signal für eine ganz neue Willkommenskultur. Eine Willkommenskultur für kriminelle Ausländer. Daher kämpfen wir auf der Seite der Schweizerinnen und Schweizer und stehen und nicht auf jener Seite einer Clique von Politikern, Beamten, Professoren und Richtern, die das Recht nach eigenem Gutdünken auslegen wollen und unsere Demokratie als lästiges Übel immer öfters geringschätzen. Verbrechen und Vergehen tun sie als Bagatellen ab und sind nicht bereit, für die Sicherheit und den Schutz, insbesondere auch für die Frauen in unserem Land, zu sorgen.

Wir kämpfen, weil wir auf der Seite der Opfer stehen und nicht auf der Seite der Täter. Zum Wohle der Schweiz.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

Die richtige Antwort zur richtigen Zeit

Mit der Ausschaffungsinitiative beschlossen Volk und Stände im November 2010, dass ausländische Straftäter, die wegen bestimmter Delikte verurteilt worden sind, zwingend des Landes verwiesen und mit einer Einreisesperre belegt werden sollen.

Diesen klar formulierten Verfassungsauftrag hat das Parlament unterlaufen, indem es eine Härtefallklausel in die Ausführungsbestimmungen aufnahm. Diese ermöglicht den Richtern in jedem Fall, von einer Ausweisung abzusehen. Genau dies wollte die Ausschaffungsinitiative verhindern. Darum muss die Durchsetzungsinitiative diesen Fehler nun korrigieren.

Für Ausschaffungen gelten bestimmte Regeln und Voraussetzungen – so auch bei der Durchsetzungsinitiative:

- Die Durchsetzungsinitiative enthält **schwere Delikte** wie Mord,

Raub, Geiselnahme oder schwere Körperverletzung, welche bei einer Verurteilung **zwingend** zu einer Landesverweisung führen müssen.

- Sodann enthält die Initiative eine Bestimmung, dass bei **weiteren Delikten**, welche die **öffentliche Ordnung und Sicherheit** besonders gefährden, eine Verurteilung bei vorbestraften Tätern ebenfalls zu einer Landesverweisung führen muss. Voraussetzung ist eine Verurteilung zu einer Freiheits- oder Geldstrafe in den vergangenen zehn Jahren.

Die Durchsetzungsinitiative schafft Sicherheit, indem sie die Rechtsordnung durchsetzt, Ausländerkriminalität bekämpft und Wiederholungs-taten verhindert. Davon profitiert die Bevölkerung, aber auch der Wirtschaftsstandort, welcher ebenfalls auf Rechtssicherheit und die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit angewiesen ist.



von Nationalrat
Gregor Rutz
Zürich (ZH)

Falsch ist	Richtig ist
Ein Diebstahl eines Apfels im Garten des Nachbarn mit gleichzeitigem Übersteigen und leichten Beschädigung des Zaunes führt zu einer automatischen Ausschaffung.	Einbrüche in den Dorfladen (mit Diebstahl einer Flasche Bier), in die Alphütte (Entwendung eines Salamis) oder in einen Garten (Klauen eines Apfels) sind vom Deliktskatalog nicht erfasst. Für eine zwingende Landesverweisung ist die kumulative Erfüllung von Art. 139, Art. 144 und Art. 186 StGB Voraussetzung. Die Entwendung von Sachen von geringfügigem Wert jedoch ist nach Art. 139 i.V.m. Art. 172ter StGB nur eine Übertretung und damit ein Delikt von anderer Qualität (privilegierender Tatbestand). Dieses Delikt ist vom Deliktskatalog – zu Recht – so nicht erfasst.
Ein ausländischer Angestellter einer Chemiefirma, der zu hohe Kinderzulagen erhält und dies nicht meldet, wird automatisch ausgeschafft.	Wer aus Versehen zu hohe Kinderzulagen erhält, wird aufgefordert, diese zurückzuzahlen. Fahrlässiges Handeln ist nicht strafbar; so steht es zum Beispiel auch in der Sozialhilfegesetzgebung des Kantons Bern.
Einer fährt wiederholt innerorts zu schnell und wird automatisch ausgeschafft.	Verkehrsbussen, Parkbussen etc. sind Übertretungen und werden weder vom Deliktskatalog der Durchsetzungs-Initiative erfasst, noch gelten sie als Vorstrafen.

Es geht um kriminelle Ausländer – nicht um arme Ahnungslose

Man könnte meinen, es gehe bei dieser Abstimmung um die Ausschaffung von Ahnungslosen. Absurde Beispiele dominieren derzeit die Diskussion, die in der Realität weder je eine Anzeige bei der Polizei noch je eine relevante Verurteilung und damit eben auch keine Ausschaffung zur Folge haben.

von Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Lügen über Lügen

Die in der medial unterstützten Gegenpropaganda vereinten Sprachrohre aus Politik, Justiz und Wirtschaft übertreffen sich täglich mit neuen Lügenbehauptungen zur Durchsetzungs-Initiative. So wird der junge Ausländer der seinem Nachbarn einen Apfel aus dem Garten „klaut“ so wenig ausgeschafft, wie die ausländische Putzfrau, die „vergisst“ zwei Arbeitsstunden mit der AHV abzurechnen. Und dass die alleinerziehende, sozialhilfeabhängige Mutter, die dem Sozialdienst nicht meldet, dass ihr Sohn von seinem Götti zum Geburtstag ein Velo geschenkt bekam, ausgeschafft würde, ist bisher der Höhepunkt an Blödsinn, der gegen die Durchsetzungs-Initiative vorgebracht worden ist.

Widerstand!

Wie wenn das nicht genug des Unsinns wäre, sehen einige Professoren und Richter auch noch unsere Demokratie in Gefahr und stellen unhaltbare historische Vergleiche an.

Sie behaupten, das Volk habe nicht immer Recht und lassen den Schluss zu, sie könnten das besser. Wenn sich Professoren in der Anmassung von Unfehlbarkeit noch übertreffen, seien sie daran erinnert, dass es Profes-

«Auch das Opfer ist ein Mensch und wenn immer von Menschenrechten gesprochen wird, dann gewichtet die SVP das Recht des Menschen, der vergewaltigt oder beraubt wurde, höher, als das Recht des Menschen der vergewaltigt und raubt.»

soren waren, die den Faschisten und Massenmörder Mussolini zum Ehrendoktor der Universität Lausanne gekürt haben. Und was nicht wenige Richter im Dritten Reich als willige Gefolgsleute des Scheusals Hitler

und seiner Schergen mit zu verantworten haben, braucht hier wohl kaum näher erläutert zu werden. Solche kriminellen Taten hat nie in einer demokratisch sauberen Abstimmung ein Volk beschlossen und schon gar nicht das Schweizervolk – es waren immer die sogenannten Eliten. Wenn dann heute eine Mehrheit von Volk und Ständen als „Pöbelherrschaft“ verunglimpft wird, ist das gegenüber unserer bewährten Demokratie und unserem Stimmvolk eine unglaubliche Frechheit. Auf eine solche Fehlentwicklung gibt es nur eine Antwort: Widerstand!

Alle gegen die SVP

Es wird interessant sein, ob diese immer gleichen Kreise, die schon im Abstimmungskampf zum EWR-Beitritt das Ende der Schweiz schwarzgemalt und die mit dem Versprechen „mehr Sicherheit und weniger Asylbewerber“ für den Beitritt zu Schengen/Dublin gegen die SVP geweibelt haben, gewinnen. Und ob sie wie bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit, wo diese Kreise eine Nettozuwanderung von 8-10'000 Menschen in Aussicht gestellt haben (in den letzten Jahren waren es durchschnittlich rund 80'000), erneut eine Mehrheit finden.

Opferschutz statt Täterschutz

Die Durchsetzungs-Initiative will, dass vorab wieder die Opfer geschützt werden und nicht die Täter. Auch das Opfer ist ein Mensch und wenn immer von Menschenrechten

Das sind die Fakten:

Anteil Ausländer bei Tötungsdelikten :	57,7%
Anteil Ausländer bei Vergewaltigungen :	61,3%
Anteil Ausländer bei Einbruchsdiebstahl :	73,0%



Die SVP hat am 29. Januar in Bern anlässlich einer Medienkonferenz die Gründe erläutert, welche für ein überzeugtes JA zur Durchsetzungs-Initiative sprechen.

gesprächen wird, dann gewichtet die SVP das Recht des Menschen, der vergewaltigt oder beraubt wurde, höher, als das Recht des Menschen der vergewaltigt und raubt. Wenn unsere sogenannten Eliten eine grosse Ungerechtigkeit und eine Zweiklassenjustiz für Secondos, die hier geboren sind, orten, sei festgehalten, dass sich solche Secondos bei Unbescholtenheit problemlos einbürgern lassen können, was dann nebenbei erwähnt aber auch die Militärdienstpflicht zur Folge hätte. Secondos, die lieber die

Nationalität des Herkunftslandes ihrer Eltern behalten und nicht Schweizer werden wollen, ist es wohl auch zumutbar, wenn Einzelne von ihnen, nachdem sie in einem rechtsstaatlich sauberen Gerichtsverfahren wegen einer Straftat verurteilt werden, nach ihrer Strafverbüßung in das Land ausgeschafft werden, dem sie offenbar mehr Wert beimessen als der Schweiz.

Ja zur Durchsetzungs-Initiative

Letztlich gibt es für jeden Ausländer

in der Schweiz eine ganz einfache Lösung: Er begeht keine kriminelle Taten und wird, wie die allermeisten rechtschaffenen Ausländerinnen und Ausländer, nicht ausgeschafft. Und diese Verbrechenvermeidung ist dann auch der grösste Nutzen der Durchsetzungs-Initiative; Weniger Verbrechen hinterlassen weniger Opfer, weniger Kriminelle verursachen bei Polizei, Anwälten, Gerichten, Psychiatern und Gefängnissen weniger Kosten. Darum klar JA zur Durchsetzungs-Initiative!

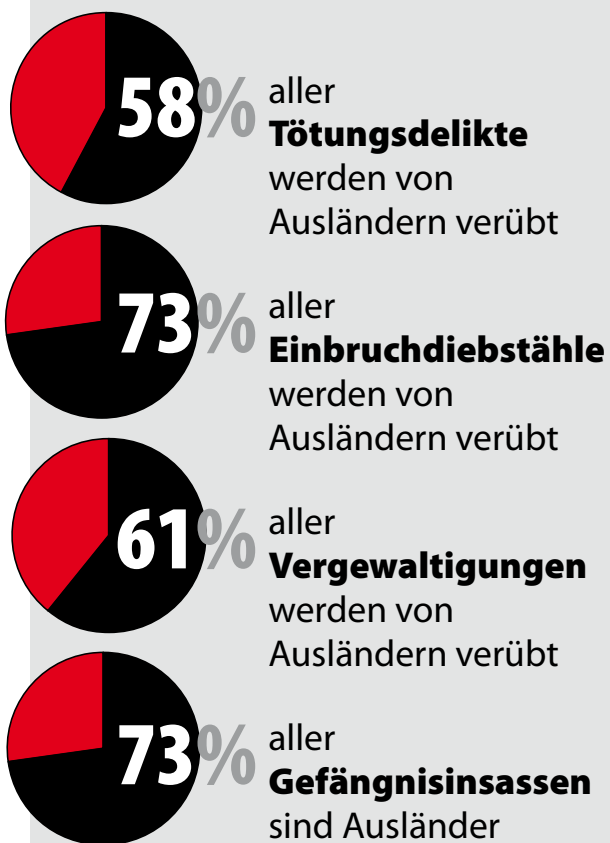


« Es ist erstaunlich, dass sich in der aktuellen Debatte gewisse Gutmenschen so stark um das Recht der Mörder und Vergewaltiger sorgen, am Ort ihrer Verbrechen bleiben zu dürfen und sich im Gegenzug so wenig um das Wohl der Opfer kümmern. »

Staatsrat Oskar Freysinger, Vorsteher des Departements für Bildung und Sicherheit, Savièse (VS)

Kriminelle Ausländer **endlich** ausschaffen!

Das sind die Fakten:

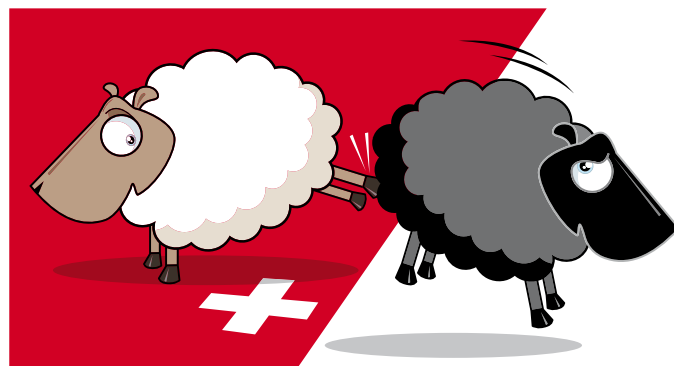


Nur mit der Durchsetzungsinitiative ...

- werden ausländische Mörder, Vergewaltiger, Einbrecher und andere Kriminelle **zwingend ausgeschafft**, Wiederholungstaten verhindert und die Kosten deutlich gesenkt.
- können **nicht wie heute Ausschaffungen von Schwerverbrechern mit allerlei Ausreden verhindert werden**. Die Sicherheit steigt massiv.
- müssen jene Ausländer das Land verlassen, die sich nicht an unsere Regeln halten und kriminell sind. **Anständige Ausländer haben bei uns nichts zu befürchten**.

Darum am 28. Februar:

JA zur
Ausschaffung krimineller Ausländer



SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern | Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie unsere Arbeit. Herzlichen Dank.

www.durchsetzungs-initiative.ch

Ja zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“



Verheiratete Paare und eingetragene Partnerschaften werden heute gegenüber Konkubinatspaaren bei den Steuern und den Sozialversicherungen benachteiligt. Bei gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen bezahlen sie mehr Steuern und erhalten tiefere AHV-Renten.

Durch die Initiative gegen die Heiratsstrafe wird diese jahrzehntelange Benachteiligung von Verheirateten und eingetragenen Partnern endlich abgeschafft. Deshalb empfehle ich Ihnen, die Initiative anzunehmen.



Nationalrat Hanjörg Walter,
Wängi (TG)

Nein zur Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!“

Die JUSO-Initiative ist kein Rezept, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Die Initiative schadet der Schweizer Wirtschaft. Sie führt zu mehr Bürokratie, mehr Regulierungen und mehr staatlichen Kontrollen. Dadurch steigen die Kosten für Schweizer Lebensmittel. Statt den Ärmsten zu helfen, geraten so die Schweizer Bauern noch stärker unter Druck. Dies gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Bei Annahme der Initiative wären über 12'000 Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet!

Das Begehren der Linken löst also keine Probleme, sondern fördert sie! Darum Nein zur JUSO-Initiative!

Nationalrat Erich Hess, Bern (BE)



8 Delegiertenversammlung in Wil (SG)

2x JA-Parolen

Die SVP hat am 23. Januar an der Delegiertenversammlung zwei Parolen im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 gefasst. Die Delegierten haben einstimmig mit 389 zu 0 Stimmen die Ja-Parole zur Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer gefasst. Ebenfalls haben die Delegierten mit 334 zu 25 Stimmen bei 1 Enthaltung der Abschaffung der Heiratsstrafe zugestimmt.



«Wenn ausländische Straftäter ein Delikt von einer gewissen Schwere begehen, muss dies zwingend eine Landesverweisung zur Folge haben. Wer mehr Sicherheit, aber auch Rechtssicherheit will, tut gut daran, der Durchsetzungsinitiative am 28. Februar zuzustimmen.»

NATIONALRAT GREGOR RUTZ (ZH)

Nationalrat Gregor Rutz unterstrich das Leid der Opfer und die grosse Ausländerkriminalität in der Schweiz. Ebenfalls wies er auf die grosse präventive Wirkung der konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer hin.



Rund 400 Delegierte und über 150 Gäste haben sich am Samstag, 23. Januar in Wil, St. Gallen zur Delegiertenversammlung der SVP Schweiz versammelt. Ein klares Bild gab es bei der einstimmigen Unterstützung der Durchsetzungs-Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer.



«Die Verschärfung der Bedrohungslage, vor allem bezüglich Terrorismus, hat zu einem Umdenken in der Schweiz geführt. Man hat gemerkt, dass der Nachrichtendienst zur Bekämpfung dieser Bedrohung zu wenig gerüstet ist. Das ist der Grund, warum es ein neues Nachrichtendienstgesetz braucht.»

BUNDES RAT GUY PARMELIN
CHEF DES VBS

«Die SVP ist die eigentliche Familienpartei – diejenige Partei, welche die traditionelle Familie in ihrer wichtigen Funktion erfasst und wertschätzt und sich auch politisch immer wieder entsprechend für sie einsetzt.»

NATIONALRÄTIN BARBARA KELLER-INHELDER (SG)



Bundesrat Ueli Maurer hatte seinen ersten Auftritt als Finanzminister vor den Delegierten seiner Partei. Er warnte vor einem Ungleichgewicht im Staatshaushalt. Die Ausgaben seien den Einnahmen anzupassen.

In den letzten 25 Jahren sei zwar die Verschuldung gesunken, trotzdem seien die Staatsausgaben überproportional gewachsen. Wesentliche Kostentreiber seien der Öffentliche Verkehr, der Umweltschutz, die Sozialausgaben und das Gesundheitswesen.

GOAL GLOSSAR

Agitation

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

brother OKI

Drucker und Multifunktions-Geräte
farbig und s/w - A4 und A3 - 1 bis Schubladen

für SVP-Mitglieder:

1. tiefster Preis der Schweiz
(Abholpreis des günstigsten Internet-Anbieters)
2. aktive, objektive Beratung
2. Spezialpreis für Installation + System-Integration
3. 1% vom Warenwert für Ihre SVP-Sektion

Angebot gilt für insgesamt 200 Geräte (solange Vorrat).
Riesen-Auswahl. Liste verlangen.

Einzige Bedingung:

Mindestens 3 Unterschriften
für die äusserst wichtige
Selbstbestimmungs-Initiative.



Weitere Auskünfte: 041 799 50 00

OCOTex AG

SIROX
Wassertechnologie

KALKBEHANDLUNG OHNE CHEMIE
DAMIT WASSER - WASSER BLEIBT

Sirox Cleantech GmbH Vorderdorfstr. 48
8112 Otelfingen 044 844 60 92
www.sirox.ch info@sirox.ch

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN



**MEHR ALS EINE
DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten

T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

Engagieren Sie sich
im Abstimmungskampf!

**FLYER-VERSAND
SPONSERN**



www.flyer-ueberall.ch/Durchsetzungs-Initiative

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, SVP Schweiz.

JA zum Gotthard – für Bevölkerung und Wirtschaft

Für die Schweizer Wirtschaft ist eine sichere und nachhaltige Sanierung des Gotthard-Strassentunnels von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die wichtige Handelsverbindung Schweiz – Tessin - Italien muss unbedingt gewährleistet bleiben. Wie wir das tun, hat weitreichende Konsequenzen.

Zuverlässig für die Schweiz und ihr Wirtschaftssystem

Wir brauchen die beste und nachhaltigste Lösung auf unseren Strassen. Vor allem auch für eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft. Denn unsere Unternehmen sind auf ein gu-

nel. Es sind Schweizer Unternehmer, die für den Transport ihrer Güter auf gute und sichere Verbindungen angewiesen sind. Sie dürfen nicht von den wichtigsten Märkten abgeschnitten werden. Es geht um viele Arbeitsplätze, die auf dem Spiel stehen.

teurer als eine zweite Tunnelröhre. Die Schweizer Wirtschaft ist nicht bereit, mit dieser Zwängerei für Verladeprovisorien Steuergelder in Milliardenhöhe aus dem Fenster zu werfen, weil diese Stationen nach der Sanierung wieder abgerissen werden müssen.



Magdalena Martullo-Blocher
Unternehmerin und
Nationalrätin SVP
Graubünden

«Unsere Schweizer Unternehmen brauchen eine sichere und zuverlässige Strassenverbindung durch den Gotthard. Dazu braucht es eine Sanierung des Gotthard-Strassentunnels mit einer zweiten Röhre.»

gotthard-tunnel-ja.ch



Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», 3001 Bern

tes und verlässliches Transportwesen angewiesen. Ein Existieren auf dem wirtschaftlichen Betätigungsfeld ist nur noch möglich, wenn die Güter zuverlässig, schnell und kostengünstig transportiert werden können. Deshalb benötigen wir neben der Schiene unbedingt und dringend auch den sicheren Transport auf der Strasse, und dazu gehört der Gotthardstrassentun-

Nein zu Scheinlösungen der Gegner

Die Gegner der zweiten Röhre am Gotthard wollen keine nachhaltige Sanierung. Sie haben eine einseitige und ungerechte Optik. In der ganzen Schweiz haben wir dichten Strassenverkehr, den alle mittragen müssen, weil auch alle profitieren. Die Forderungen mit 6 – 8 Verladestationen sind bereits bei der ersten Sanierung

Ja zu mehr Sicherheit

Mit einer zweiten Röhre entsteht aus einem gefährlichen und langen Tunnel mit Gegenverkehr ein sicheres Verkehrssystem. Langjährige Sperrungen des Tunnels werden verhindert, damit entfällt auch der gefährliche Umwegverkehr über die Alpenpässe im Kanton Graubünden und im Wallis. Deshalb plädiere ich für ein überzeugtes JA, für einen sicheren Gotthard für unsere Wirtschaft, für unsere Schweiz.



von Nationalrätin
Sylvia Flückiger
Unternehmerin
Schöftland (AG)



Asylgesetzrevision: Ausdruck von Panik im Asylwesen

Dank einem Referendum der SVP wird am 5. Juni 2016 über Änderungen im Asylgesetz abgestimmt. Es gilt Gratis-Anwälte für Asylbewerber und Enteignungen von Liegenschaften für Asylunterkünfte zu verhindern. Das Volk hat das letzte Wort bei dieser völlig verfehlten und kontraproduktiven Asylgesetzrevision.

Die Zahlen laufen aus dem Ruder. 39'523 Asylgesuche wurden im vergangenen Jahr in der Schweiz gestellt. Dieses Jahr rechnet das zuständige Departement wieder mit mindestens 40'000 Asylgesuchen. Der Bund unternimmt nichts, um die Schweiz für Asylbewerber unattraktiv zu machen und die illegale Einwanderung zu ver-

«Die Explosion der Asylbewerber-Zahlen ist die Folge einer jahrelangen, völlig falschen „Willkommens-Kultur“ und einer unverantwortlichen Politik der „offenen Haustüren.»

hindern. Im Gegenteil: Die Mehrheit von Bundesrat und Parlament betreibt Symptombekämpfung. Dies zeigt auch die Tatsache, dass der hohen Zahl neuer Gesuche nicht einmal 9000 kontrollierte Ausreisen aus dem Asylbereich gegenüberstehen.



Neue „Verteidiger-Industrie“

Mit Änderungen im Asylgesetz wollen Bundesrat und Parlament Gratis-Anwälte für alle Asylbewerber einführen. Die arbeiten freilich nicht gratis, sondern werden mit unserem Steuergeld finanziert. Somit wären Asylbewerber besser gestellt als jeder Schweizer

Bürger. Oder hat Ihnen schon mal jemand einen Anwalt bezahlt? Die Folgen wären nicht nur tausende Rekurse gegen Asylentscheide, überlastete Gerichte und immense Mehrkosten jährlich, sondern vor allem eine neue „Verteidiger-Industrie“ auf Staatskosten, die rund um die Asylbewerber aufgebaut würde.

Asylchaos ausser Kontrolle

Die Zahl der Asylgesuche sank unter dem damaligen Justizminister Christoph Blocher auf unter 11'000 jährlich. Bereits ein Jahr später brachte es seine Nachfolgerin Eveline Widmer-Schlumpf bereits wieder auf 16'000 Gesuche, lange vor der Syrien-Krise übrigens. Simonetta Sommaruga aber schlägt alle Rekorde und bringt die



Nationalrätin Roberta Pantani, Lega (TI)



2015 stellten 39'523 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz, 15'758 mehr als im Vorjahr. Die Schweiz war kein primäres Ziel-land für Personen, welche über die sogenannte Balkanroute nach Europa gelangten, blieb jedoch ein wichtiges Ziel für Migrantinnen und Migranten der zentralen Mittelmeeroute (gibt sogar das Staatssekretariat für Migration zu).

Doch genau von dort bilden Flüchtlinge nach Genfer Konvention schon lange eine Minderheit. Die grösste Gruppe sind nach wie vor die Eritreer, die aus einem Staat kommen, in dem es seit Jahren keinen Krieg mehr gibt.

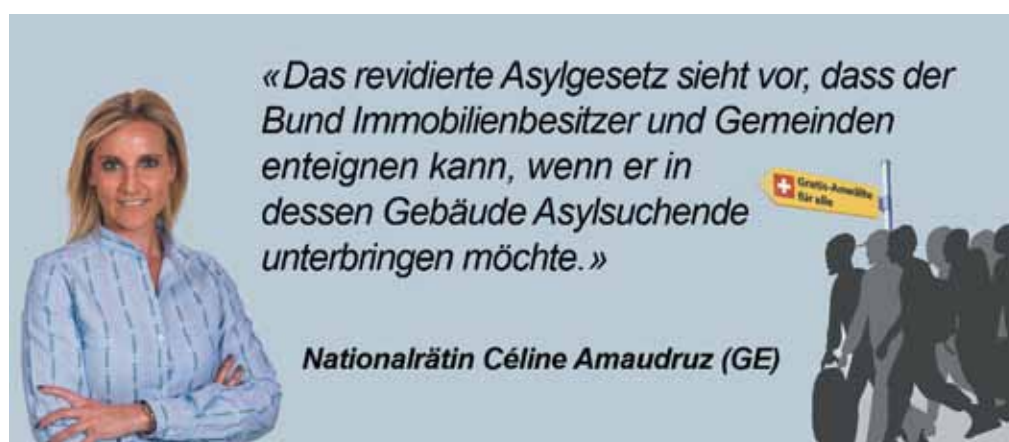
Kantone und Gemeinden an Kapazitätsgrenzen bei der Aufnahme von Asylanten.

Politik der „offenen Haustüren“

Die Explosion der Asylbewerber-Zahlen ist die Folge einer jahrelangen, völlig falschen „Willkommenskultur“ und einer unverantwortlichen Politik der „offenen Haustüren“.

Und was tut die Schweiz? Nichts. Die Verantwortlichen halten es nicht für nötig, Grenzkontrollen einzuführen, um illegale Migranten zurückzuweisen. Sie klammern sich ans gescheiterte Dublin-System. Auch die zur Abstimmung gelangende Revision baut auf diesem gescheiterten System auf und basiert damit bereits heute auf längst überholten Grundlagen.

„Panik“ bei Bund und Kantonen, die nur noch mit Mühe und viel Kreativität neue Unterkünfte für das Auffangen der Asylantenflut finden können, sieht das revidierte Asylgesetz sogar die Möglichkeit der Enteignung vor. Davon wird der Bund gegenüber den Kantonen oder Gemeinden bei der Errichtung von Asylunterkünften zweifellos Gebrauch machen, sollte er auf lokalen Widerstand stossen. Liegenschaften könnten so auch gegen den Willen der Besitzer zu Asylunterkünften gemacht werden. Das grundlegende Recht auf Eigentum wird der Asylindustrie geopfert. Und bezahlen müssten Liegenschaftsbesitzer ihre Anwälte natürlich selber.



Immer mehr EU-Länder verabschieden sich faktisch von den Schengen- und Dublin-Abkommen. Sie hören auf, Asylbewerber zu registrieren, befestigen ihre Landesgrenzen, kündigen die Einführung von Grenzkontrollen an oder legen jährliche Obergrenzen für Asylbewerber fest.

Damit haben Bundesrat und Parlament – gegen den Willen der SVP – eine Revision des Asylgesetzes beschlossen, die das Problem zusätzlich verschärft.

Liegenschaften für Asylunterkünfte enteignen

Angeichts der spürbar aufkommenden

Schweizerische Asyltradition sieht anders aus

Echte, an Leib und Leben bedrohte Asylsuchende bekommen in der Schweiz Hilfe. Illegale Migranten, auf der Suche nach einem besseren Leben, sind konsequent zurückzuweisen. Das ist unsere schweizerische Asyltradition. Für diese Tradition kämpft die SVP. Gratis-Anwälte und Enteignungen brauchen wir dazu nicht. **Deshalb am 5. Juni Nein zum Asylgesetz.**

DER NEUE SUBARU XV 4x4. AB FR. 22'900.-.

- Noch mehr 4x4-Vergnügen fürs Geld.
- Sportlicher Crossover.
- Vollausgerüsteter Kompakt-SUV mit 22 cm Bodenfreiheit.
- Top-Audio-Anlage.
- 1,6 Liter mit 114 PS bis 2,0 Liter mit 150 PS.
- Auch mit Lineartronic-Automat mit 6-Gang-Manual-Modus (Schaltwippen).
- Auch mit SUBARU BOXER DIESEL (2,0 Liter, 147 PS).
- Auch mit exklusivem Tabacco-Leder.



SUBARU

Confidence in Motion

DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ

Abgebildetes Modell: Subaru XV 2.0i AWD Swiss two, man., 5-türig, 150 PS, Energieeffizienzklasse F, CO₂ 160 g/km, Verbrauch gesamt 7,0 l/100 km, Fr. 28'700.- (inkl. Metallic-Farbe). Subaru XV 1.6i AWD Swiss one, man., 5-türig, 114 PS, Energieeffizienzklasse F, CO₂ 151 g/km, Verbrauch gesamt 6,5 l/100 km, Fr. 22'900.- (mit Farbe Desert Khaki oder Hyper Blue). Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 139 g/km.

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWST. Preisänderungen vorbehalten.

Die Schweiz auf dem Weg zur Diktatur

Wer sieht, wie heute die Schweizer Gesetze, die schweizerische Ordnung, der schweizerische Gesetzgeber, also der Schweizer Bürger, ausgehebelt und umgekrempelt wird, wer sieht, dass Behörden, Gerichte und vor allem internationale, ausländische Gesetzgeber immer mehr das Sagen haben, der muss zum Schluss kommen: Bundesbern hat den Weg in die Diktatur angetreten.

von Christoph Blocher, a. Bundesrat, Vizepräsident SVP Schweiz (gekürzte Fassung Albisgüetli-Rede 2016)



Die Lage ist ernst: **Wir stehen vor einem stillen Staatsstreich.** Für Verwaltung, Regierung und Parlamentsmehrheit ist die Missachtung des Volkswillens zur Gewohnheit, wenn nicht zum Programm geworden ist. Der erbitterte Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative von Politikern, Behörden, Verwaltung und Richtern ist ein deutliches Zeichen.

Die anderen Parteien wollen die kriminellen Ausländer nicht ausschaffen (Härtefallklausel), obwohl Volk und Kantone vor über fünf Jahren unmissverständlich die automatische Ausschaffung beschlossen haben.

Die Situation hat sich deutlich verschärft, nachdem sich nun auch die höchsten Richter des Landes, die Recht sprechen sollten, auch nicht mehr an das von Volk und Ständen gesetzte Recht halten. Sie beginnen, sich mit Verweis auf internationales Recht über den schweizerischen Gesetzgeber zu erheben. Dabei sieht unsere Verfassung ausdrücklich vor, dass die demokratischen Entscheide Vorrang vor der rechtlichen Auslegung haben. **Die Schweizerinnen und Schweizer wollen keinen Richterstaat.** Denn sie wissen aus der historischen Erfahrungen, dass sich in Diktaturen gerade

die Richter den jeweiligen Diktatoren schnell und bereitwillig an den Hals geworfen haben.

Alarmierende Beispiele für diese Entwicklung sind neuere Entscheide unseres Bundesgerichts, speziell das verhängnisvolle Urteil vom 12. Oktober 2012 über die Ausschaffung eines mazedonischen Drogenhändlers. Hier nahm das Bundesgericht erstmals unmittelbar Einfluss auf einen Gesetzgebungsprozess im Parlament und machte sich gewissermassen selbst zum Gesetzgeber, indem es generell fremdes Recht über das Landesrecht stellt und das Schweizer Volk entrechtet. Ein stiller zwar, aber dennoch ein Staatsstreich. Die neueste Begründung für die Missachtung des Volkswillens ist die Aussage von zwei ehemaligen und eines amtierenden Bundesrichters, man wende sich gegen die Diktatur der (Volks-)Mehrheit! **Offenbar wollen die Bundesrichter eine Diktatur der Minderheit!**

«Die richterliche Unabhängigkeit ist hochzuhalten, damit die Richter das tun können, was sie müssen, aber nicht, damit sie tun können, was sie wollen.»

Weiter hat am 26. November 2015 das Bundesgericht entschieden, im Sinne einer „möglichst parallelen Rechtssprechung“ die Praxis des Europäischen Gerichtshofs prinzipiell zu übernehmen; im Zweifel gilt also in Lausanne die Gesetzesauslegung der EU-Richter.

Das Volk, der Gesetzgeber, ist also nicht mehr frei, sondern muss sich gemäss den Bundesrichtern nicht dem Verfassungsgesetzgeber sondern dem EU-Willen, dem internationalen Recht unterziehen. **Wir müssen uns also nicht nur vor fremden Richtern hüten, sondern zunehmend auch vor den eigenen Richtern!**

Darum ist die Volksinitiative der SVP, wonach das Schweizer Recht verfassungsmässig Vorrang vor dem internationalen Recht haben muss, so wichtig. Die richterliche Unabhängigkeit ist hochzuhalten, damit die Richter das tun können, was sie müssen, aber nicht, damit sie tun können, was sie wollen. Sie haben Recht zu sprechen, sich aber nicht über das legitimierte schweizerische Recht hinwegzusetzen.

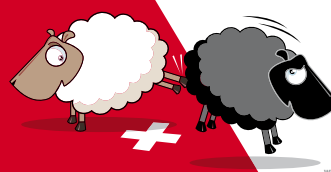
Die Aufgabe des Bundesgerichts ist in erster Linie der Schutz der Freiheit und der Rechte der Bürger.

Die SVP muss jetzt in einem Vorstoss verlangen, dass sämtliche Bundesrichter als Vertreter der dritten Gewalt vor der Vereinigten Bundesversammlung vereidigt werden – genau wie die Bundesräte, der Bundeskanzler, die Parlamentarier und im Kriegsfall der General. Sämtliche Bundesrichter sollen vor den versammelten 246 Vertretern von Volk und Ständen „vor Gott dem Allmächtigen“ schwören oder geloben, die schweizerische Verfassung und die schweizerischen Gesetze zu beachten und die Pflichten ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Jede Stimme zählt!

Was können Sie alle tun?

Endlich Sicherheit schaffen!



JA zur
Ausschaffung
krimineller
Ausländer

www.Durchsetzungs-Initiative.ch

1

Sprechen Sie mit Verwandten, Bekannten und Freunden und ermutigen Sie diese, wirklich an der Abstimmung zur Ausschaffung krimineller Ausländer teilzunehmen. Es wird auf jede Stimme ankommen.

Schreiben Sie einen Leserbrief und veröffentlichen Sie diesen in einer Zeitung Ihrer Region.

2

Ein Ja - auch für integrierte Ausländer

Als ich Präsidentin der SVP Kreis Rorschach und Vizepräsidentin der SVP Kanton St. Gallen war, habe ich oft Telefonanrufe von Ausländerinnen und Ausländern erhalten, die sehr mit der SVP sympathisiert haben. Sie haben mir gesagt, die SVP sei die einzige Partei, die sich traue, das Problem der Ausländerkriminalität anzusprechen und versuche, dagegen etwas zu unternehmen. Sie fanden das gut, weil die anständigen und angepassten Ausländerinnen und Ausländer in der heutigen Situation auch unter den Vorurteilen leiden, die wenige verursachen, die sich nicht an unsere Regeln und Gesetze halten. Damit also nicht alle «in einen Topf geworfen werden», stimme ich ganz klar Ja zur Durchsetzungs-Initiative.

Jeannette Schlegel
Rosengartenstr. 11,
9404 Rorschacherberg

Die Durchsetzungs-Initiative
kostet einiges
Ausgabe vom 20. Januar 2016

Unverständliche Rechtsprechung

Das Interview darf nicht widersprochen bleiben. Unterschlagen wird, wie viel Geld gespart werden könnte, wenn Straffällige sofort ausgewiesen würden, bevor sie über Jahre eine Vielzahl von weiteren Strafverfahren durchlaufen. Exemplarisch dazu ist der Fall auf der letzten Seite derselben Ausgabe.

Da ist von einer «Liste an weiteren Delikten» die Rede. Fairerweise müsste man die unnötigen Kosten all dieser juristischen Verfahren und die Schäden, welche die Opfer erlitten, in Abzug bringen, dann würde die einseitige Rechnung kippen. Es ist absolut unverständlich, mit welcher Nonchalance man gewillt ist, unnötig Opfer aus der Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Der Ruf der Ausländer ist nicht zuletzt wegen der oft unverständlichen Rechtsprechung im Keller.

Wenn sich die Medien und Parlamentarier für die Sicherheit der Bevölkerung ebenso ins Zeug legen wie für kriminelle Ausländer, wäre es stimmungsmässig in diesem Land weit besser bestellt. Das Tragische

darin ist, dass sich Wut und Zorn an den Ausländern entlädt, statt an denen, die uns das politisch laufend einbrocken.
Ueli Gubler, 9507 Stettfurt

Fakten statt Schätzungen

Hans-Ruedi Graf, Generalstaatsanwalt des Kantons Thurgau, kann zwar die Kostenfolge der Durchsetzungs-Initiative schätzen: 300 000 bis 500 000 Franken. Nach den Kosten der halberzigen Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative durch das Parlament befragt, verlassen ihn aber seine Schätzungskünste.

Statt sich mit undifferenzierten Schätzungen aufs Glatteis zu wagen, sollte sich der Herr Generalstaatsanwalt vielleicht besser mit Fakten befassen: ein Jahr im Strafvollzug kostet 146 000 Franken. 73 Prozent der Straftäter in unseren Gefängnissen sind Ausländer. Nach der Entlassung werden viele wieder straffällig oder liegen dem Steuerzahler als Sozialhilfeempfänger auf der Tasche.

Zugute halten muss ich Herrn Graf immerhin, dass er auf eine Wahlempfehlung verzichtet. Im Gegensatz zu mir: Ich empfehle Ihnen, die Durchsetzungs-Initiative anzunehmen.

Cornelia Büchi, 8524 Uesslingen

3

Finanzieren Sie einen Flyer-Versand mit den Hauptargumenten der Durchsetzungs-Initiative in alle Briefkästen Ihres Wohnortes oder Nachbarortes mit dem Online-Tool Flyer-überall: www.flyer-ueberall.ch/Durchsetzungs-Initiative/

Unterstützen Sie die SVP finanziell, damit diese noch Inserate schalten kann
PC: 30-8828-5 (oder bestellen Sie einen Einzahlungsschein: info@svp.ch
oder 031 300 58 58).

4

Alle Informationen: www.durchsetzungs-initiative.ch